

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Herriot, Macdonald und —?

Der Fall Tirpitz.

Die Erklärungen, die der Führer der französischen Linken, Herr Herriot, gestern nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten Millerand unserem in Paris weilenden Redaktionskollegen gab, sind ein Dokument von geschichtlicher Bedeutung. Herriot, der Bürgermeister von Lyon und kommende Ministerpräsident Frankreichs, ist in Deutschland kein Unbekannter. Lange vor dem Krieg zog seine sozialpolitische Tätigkeit als Verwalter einer großen Stadtgemeinde die Augen Europas auf sich und gewann ihm, dem Bürgerlichen, auch im Lager der Sozialisten Sympathien. Aber Herriot war kein unpolitischer „Oberbürgermeister“ von der Art, mit der wir in Deutschland überreich besetzt sind, sondern er verlor den Zusammenhang seiner städtischen Aufgaben mit den großen Problemen der Menschheit niemals aus dem Auge.

Etwa im Jahr 1912 begann die deutsche Sozialdemokratie unter der Initiative Ludwigs Franks eine besonders aktive Außenpolitik zu treiben, die sich nicht mehr mit bloßen Protesten begnügen wollte, sondern die darauf ausging, positive Wirkungen zu erzielen. Eine Verbesserung der Beziehungen zu England war von Bethmann angebahnt, aber sie konnte keine wirksame Friedensgarantie bieten, wenn es nicht gelang, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich auf eine andere Grundlage zu stellen. Die französische Republik hatte sich in die Arme des zaristischen Rußlands geworfen, während das Deutsche Kaiserreich, auf Bündnisse mit Oesterreich und Italien gestützt, den Weg nach Bagdad verfolgte. Der dazwischen liegende Balkan glied sich einem Pulverfaß. Die Dinge entwickelten sich unvermeidlich zur Katastrophe, wenn nicht Frankreich und Deutschland einen gemeinsamen Boden fanden, von dem aus sie den europäischen Frieden verteidigen konnten und wollten.

Aus solchen Gedankengängen entstanden die Berner Konferenzen, deren Zweck es war, durch Zusammenkünfte zwischen französischen und deutschen Parlamentariern die Verständigung zwischen den beiden Völkern vorzubereiten. Sollte diese Aktion wirksam werden, so genügte es nicht, die Sozialisten beider Länder zusammenzubringen, was natürlich sehr leicht war, sondern es mußte versucht werden, auch die bürgerlichen Politiker von hiesigen und drüben miteinander in Verbindung zu bringen. Dies gelang auch, und daß es gelang, war zum großen Teil Herriots Verdienst.

Diesen segensreichen Bestrebungen donnerte die Weltgeschichte im Sommer des Unglücks 1914 ihr „zu spät!“ entgegen. Die Katastrophe des Weltkriegs begrub die aussichtsreichen Ansätze einer deutsch-französischen Verständigung unter ihren Trümmern. Herriot, der an die Alleinschuld Deutschlands glaubte und vielleicht noch glaubt, erlitt die schmerzhafteste Enttäuschung seines Lebens, er wandte sich erbittert von Deutschland ab und sah seine Aufgabe nur noch in der Verteidigung seines Vaterlandes.

Jetzt hat Herriot als der kommende Mann Frankreichs einen Vertreter des deutschen sozialdemokratischen Zentralorgans sein außenpolitisches Programm entwickelt, und man erzählt daraus, daß er der Mann der deutsch-französischen Verständigung wieder geworden ist, dem vor zehn Jahren aus Deutschland eine Welle der Sympathie entgegenzuschlug.

Wir wissen wohl, daß in Deutschland die Meinungen über die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Verständigung geteilt sind. Aber das wenigstens sollte jeder deutsche Politiker begreifen, daß einem Frankreich, das Deutschland die Hand zur Verständigung entgegenstreckt, die begeisterte Zustimmung der ganzen Welt sicher ist. Herriots Erklärung wird mit einem Schlag die moralische Isolierung beseitigen, in die Frankreich durch die Politik Poincarés geraten ist, und es wird sich in diesem Fall abermals erweisen, daß eine gut internationale Politik die beste nationale Politik der Welt ist.

Ob es Herriot gelingen wird, trotz aller fanatischen Widerstände auf beiden Seiten die Brücke über den Rhein zu schlagen, muß dahingestellt bleiben. Aber klar ist eins: mit seiner Erklärung schlägt er eine Brücke über den Kanal.

Macdonald und Herriot, das ist ein ganz anderes Zweigespann als Macdonald und Poincaré. Es ist ein Erfolg der englischen Arbeiterpartei, daß in Frankreich bei den Wahlen der große Umschwung eintrat, sie war es, die die große Initiative zum europäischen Frieden ergriff, und Frankreich war klug genug, ihr zu folgen. Frankreich war klug genug, einzusehen, daß auch die stärkste Militärmacht der Welt sich den Luxus der moralischen Isolierung auf die Dauer nicht leisten kann.

Aber Macdonald und Herriot, die englische Arbeiterpartei und die französische Linke können allein den europäischen Frieden nicht herstellen. Es fehlt ein Dritter im Spiel: Deutschland. Und so wendet sich die Aufmerksamkeit der

Welt der Frage zu, wem das tüchtige, aber wegen seiner politischen Klugheit nicht allzu berühmte deutsche Volk diesen beiden Staatsmännern als Mit- oder Gegenspieler gegenüberstellen wird.

Die Deutschnationalen, die vor einigen Wochen durch den Mund ihres Führers Hergt „das große Wunder“ einer deutschen Rechtsregierung verkündeten, haben jetzt ihre Antwort auf jene Frage gegeben. Sie wollen der englischen Arbeiterpartei und der französischen Linken den Bürgerblock, den Ministerpräsidenten Macdonald und Herriot einen Reichskanzler Tirpitz gegenüberstellen.

Der 75jährige kaiserliche Admiral, der jetzt als deutschnationaler Abgeordneter in den Reichstag einzieht, gehört sicher nicht zu den Dummsten, die auf der Rechten sitzen werden. Um so mehr muß man staunen, daß er nicht selbst politisches Urteil genug besessen hat, um vor dem parlamentarischen Kulissenpiel, das mit ihm getrieben worden ist, eindringlich zu warnen!

Macdonald, Herriot — Tirpitz! Drüben die neuen Männer und die neue Zeit, hiesigen der alte Mann und die alte Zeit! Drüben die Demokraten, hiesigen der kaiserliche Admiral! Drüben die Männer des Weltfriedens, hiesigen der Mann des userlosen Flottenbaus und der schonungslosen Torpedierung im Ubootkrieg!

Dummheit ist ein Geschenk Gottes, aber man darf von ihr keinen übermäßigen Gebrauch machen. Vielleicht wird eine spätere Zeit darüber staunen, daß Deutschland an dem Maß des politischen Unverständnisses, das es an den Tag legte, nicht noch mehr zugrundegegangen ist, als dies bis dahin leider der Fall war. Aber schließlich gibt es doch Grenzen!

Man sucht in dem Vorgehen der Deutschnationalen einen Grund, um es zu verhehlen. Man kann ihn nur darin finden, daß die „stegreiche“ Partei aus den Verlegenheiten, die sie sich selber bereitet, einen Ausweg suchte, und daß sie bewußt den unmöglichsten Kanzlerkandidaten präsentiert, um sich mit dem Anstand, den sie hat, aus der Affäre zu ziehen. Trifft aber diese Erklärung nicht zu, sondern war es die Absicht der Deutschnationalen, nicht die Mittelparteien durch einen unmöglichen Vorschlag, sondern die ganze Welt mit einer unmöglichen Reichskanzlerschaft des Herrn v. Tirpitz zu beschaffen, dann muß man schon sagen: Vor so viel außenpolitischem Verstand allerhand Achtung!

Herriot, Macdonald und —? Der Gedankenstrich dehnt sich, das Fragezeichen krümmt sich. Der Zwischenfall Tirpitz ist wohl — oder nicht? — endgültig erledigt. Und was kommt nun?

Die Deutschnationalen und Frankreich.

Verständigungsführer in Paris.

Genosse Breitscheid, der augenblicklich in Paris weilt, veröffentlicht in der „Blode“ einen Artikel über „Das andere Frankreich“. In diesem Artikel stellt er fest:

„Dabei ist es interessant und belustigend zugleich, daß die Deutschnationalen hier Führer austreten. Es gibt hier jemanden, der, offenbar im offiziellen Auftrag dieser Partei, versichert, man sei zu einer Verständigung mit Frankreich bereit. Soweit ich höre, begegnet man diesem Abgeordneten nicht gerade mit Vertrauen, und man hat ihn insbesondere wissen lassen, daß man einer nationalstolischen durchgehenden Regierung besonders in der Frage der Militärkontrolle sehr viel schärfer noch auf die Finger sehen werde, als irgendeiner andern.“

Die große Unehrlichkeit der deutschnationalen Politik der Deutschnationalen enthüllt sich immer mehr. Um nun an die Macht gelangen zu können und sich dort behaupten zu können, unternehmen sie unbedenklich Schritte, die sie anderen Parteien als Verrat und Würdelosigkeit vorwerfen würden.

Besprechungen der Mittelparteien.

Um ein sachliches Programm.

Im Reichstag war in den Vormittagsstunden eine neue Zusammenkunft der Parteiführer noch nicht wieder vereinbart worden. Zunächst werden die Parteivorstände der einzelnen Mittelparteien unter sich das weitere Vorgehen beraten. Aus Kreisen der Mittelparteien wurde die Meinung ausgesprochen, daß die Verhandlungen mit den Deutschnationalen schon um deswillen scheitern müßten, weil man nicht über den Kopf des Reichspräsidenten hinweg an die Lösung der Personenfrage herantreten dürfe, zumal wenn nicht ein bestimmtes Programm vorläge. Aufgabe der Mittelparteien werde es jetzt sein, über ein sachliches Programm ins Reine zu kommen. Bis diese Frage gelöst sein wird, könne auch das jetzige Kabinett nicht daran denken, seinen Rücktritt zu erklären.

Am 12 Uhr trat der Vorstand der Zentrumspartei zusammen.

Für heute nachmittag ist nur die Zentrumsfraktion einberufen worden. Doch hält Reichskanzler Marx Besprechungen mit den anderen Führern der Mittelparteien ab. Am Sonnabend tritt die Nationalsozialistische Freiheitspartei zusammen. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der

Demokraten und der Bayerischen Volkspartei versammeln sich am Montag. Die Fraktionen der Kommunisten und der Wirtschaftspartei erst am Dienstag.

Man nimmt in parlamentarischen Kreisen der Mitte an, daß im gegenwärtigen Augenblick keine Regierungsbildung erfolgen wird, sondern daß das Kabinett Marx vor den neuen Reichstag treten, dort sein Programm entwickeln und das Reichstagsplenum dann entscheiden lassen wird.

Das rheinische Zentrum für die bisherige Außenpolitik.

Am 22. Mai (Mit.) Beslern fand hier eine Konferenz der Vertreter der rheinischen Zentrumsfraktion und der Vertreter der Zentrumsfraktion der Reichspresse statt. Am Schluß der Konferenz wurde folgende Willensäußerung an den Reichskanzler gerichtet:

„Die außerordentliche Parteikonferenz des rheinischen Zentrums, von Vertrauensleuten und Vertretern der Zentrumsfraktion der Reichspresse sehr zahlreich besucht, gibt der Besorgnis Ausdruck, daß der Regierungskurs der letzten Monate gefährdet ist. Die Wählerchaft des rheinischen Zentrums erwartet, daß die Zentrumsfraktion die Stützungsaktion, die Politik der Mitte und besonders die bisherige Außenpolitik beibehält und für seine Politik eine Mehrheit sucht. Das besetzte Gebiet steht in dieser Politik die einzige Möglichkeit zur Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen, zur Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen und politischen Freiheit, zur Wahrung der Einheit des Reichs und zur Erhaltung unserer Währung. Die rheinische Bevölkerung erwartet von allen Parteien, daß sie bei ihren Entscheidungen eingedenk bleiben der großen Verantwortung für das Schicksal von Reich, Volk und besetztes Gebiet. Die rheinische Bevölkerung muß auf Grund ihrer Opfer verlangen, daß ihre Stimme gehört wird.“

Nach dem Scheitern der Verhandlungen.

Die Presse zum Fall Tirpitz.

Nachdem die Deutschnationalen sich von den Verhandlungen zurückgezogen haben, hält die Presse der Mittelparteien nicht mehr zurück. Sie bestärkt die Darstellung über den Gang der Verhandlungen, die wir bereits gegeben haben. Die ganze Richtigkeit des Verhaltens der Deutschnationalen geht daraus hervor. Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß an der Darstellung der „Deutschen Tageszeitung“ von gestern kein Wort wahr sei, und berichtet:

„Während die Mittelparteien bereit waren, mit den Deutschnationalen über die sachlichen Grundlagen der künftigen Politik zu verhandeln, erklärten die Deutschnationalen, es habe keinen Zweck, daß die Parteien in eine sachliche Besprechung einträten. Sie stellten vielmehr den Antrag, eine gemeinsame Entschließung dahin zu fassen, daß als voraussichtlicher Reichskanzler der Großadmiral v. Tirpitz in Betracht komme. Man solle dann Tirpitz auffordern, die Richtlinien seiner künftigen Politik vor den Parteien zu entwickeln. Es sei zweckmäßiger, mit ihm zu verhandeln, als sachliche Verhandlungen unter den Parteien zu betreiben. Dieser Antrag der Deutschnationalen wurde von den Mittelparteien abgelehnt. Von einer Seite wurden persönliche Bedenken gegen den vorgeschlagenen Kanzlerkandidaten geltend gemacht. Von anderer Seite wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die vorgeschlagene Verfahrensart völlig unmöglich und untragbar sei. Man greife damit der Entscheidung des Reichspräsidenten vor, dem verfassungsgemäß allein die Ernennung des Kanzlers obliegt. Man begehe auch einen Treubruch gegen den derzeitigen Kanzler Dr. Marx, der das volle Vertrauen der Mittelparteien habe, wenn man sich hinter seinem Rücken über einen anderen Kanzler einigt. Die Deutschnationalen beharrten bei ihrem Antrag. Zu einer Verhandlung über die sachliche Plattform, die die Mittelparteien vorbereitet haben, kam es infolgedessen gar nicht. Vielmehr wurden die Besprechungen zunächst nach zweifelhafte Verhandlung abgebrochen und auf heute vormittag verlegt.“

Das „Berl. Tagebl.“ stellt fest, daß die Verhandlungen durch die Schuld der Deutschnationalen gescheitert seien.

Die „Vossische Zeitung“ fordert energisch eine Initiative der Mittelparteien.

„Mit dieser intransigenten Haltung der Deutschnationalen Volkspartei hatte man in gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen eigentlich von vornherein gerechnet. Sie bildete gestern im Reichstags eine Ueberraschung. Damit ist die Initiative der Deutschnationalen erschöpft. Das Wort „vorläufig“ wird man als mehr denn eine Redensart bewerten müssen, nachdem sich die deutschnationale Fraktion einmal auf einen anderen Standpunkt festgelegt haben wird. Es wird Sache der Mittelparteien sein, ihrerseits wieder die Initiative aufzunehmen, mit ihrem außenpolitischen Programm hervortreten und nun an die anderen Parteien die Einladung zu richten, auf Grund dieses Programms in Verhandlungen über die Regierungsbildung einzutreten. Ein derartiger Schritt der Mittelparteien ist wohl in kürzester Frist auch zu erwarten.“

Die „Germania“ beschränkt sich darauf, die in später Abendstunde erschienene Mitteilung der Deutschnationalen unter der Überschrift „Fechterlünste“ abzudrucken. Sie grenzt sich jedoch in einem Leitartikel sehr scharf gegen den sogenannten Nationalismus der Rechten ab:

„Wir ermaßen die volle Bedeutung dieses Problems, wenn wir sagen, zwischen uns, dem Zentrum als der christlichen Volks-

partei und den sogenannten nationalen Anschauungen der vaterländischen Verbände gähnt eine unüberbrückbare Kluft. Es ist nicht ein Unterschied der politischen Taktik, der uns auseinandertreibt, es ist der Gegensatz der Weltanschauung, der uns zu Gegnern macht. Die Christentum, Ausprägung der Völker und nationaler Gebante, der in seinen Forderungen an den ewigen Wahrheiten des Christentums orientiert ist, dort „germanische Weltanschauung“, Kampf und nationaler Gebante, der in der Verantwortung der Nation und der Rasse seine höchste Bekrönung erfährt. Zwischen diesen Anschauungen gibt es kein Mitteln. Der Kampf muß bis zum bitteren Ende ausgetragen werden. Der Augenblick ist gekommen, zwischen ihnen und uns einen starken Strich zu ziehen, damit nunmehr die letzten Reste von Halbheiten und Unklarheiten, wo sie noch im Lande bestehen sollten, ausgeräumt und ausgeremert werden können.“

Es bleibt abzuwarten, wie die Volkspartei sich äußern wird. Nach gestern sympathisierte die „Nationalliberale Correspondenz“ mit der Kandidatur Tirpich:

„Wenn andererseits aber der Name eines so hervorragenden und maßvollen Staatsmannes wie der des Großadmirals von Tirpich stark in den Vordergrund tritt, so möchte man hoffen, daß dort, wo der Wille zum Dienst am gemeinsamen Vaterland vorhanden ist, auch ein gangbarer Weg hierfür gefunden wird.“

Die Presse der Rechten ist sehr heimtückisch. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält nach wie vor an der Kandidatur Tirpich fest und hofft noch:

„Zugleich aber ist es wiederum gerade in der heutigen Lage Deutschlands von ganz besonderer Bedeutung, daß die Persönlichkeit des Großadmirals von Tirpich ein außenpolitisches Gewicht besitzt, das ein außerordentlich wertvolles Aktuum auf deutscher Seite darstellen würde. Wir möchten deshalb der Meinung sein, daß das letzte Wort über diese Kombination noch nicht gesprochen sein kann.“

Die „Kreuzzeitung“ läßt sich über den erbärmlichen Ruhmehandelversuch der Deutschnationalen hinweg mit der in dieser Situation nur tömisch wirkenden Behauptung, parteipolitische Eigenbräuterei bestimme das Verhalten der Mittelparteien.

Die Unentwegten in der „Deutschen Zeitung“ haben noch nicht gemerkt, wie die politische Situation sich gewendet hat. Sie schreiben:

„Schließlich hält die Presse der bisherigen Regierungskoalition noch immer an der Annahme fest, daß die Deutschnationalen, vielleicht auch die Sozialdemokraten, sich zunächst einmal zu dem angeblich fertigen Programm der Marx-Regierung zu äußern hätten. Davon kann natürlich nicht die Rede sein. Das Regierungsprogramm stellt die Fraktion auf, die zur Regierungsbildung berufen wird, und das ist die Deutschnationale.“

Seit wann liest die „Deutsche Zeitung“ in der Seele des Reichspräsidenten?

Der „Lokal-Anzeiger“ schließlich nimmt den Fall Tirpich politisch. Er denkt an die außenpolitische Wirkung einer Kandidatur Tirpich und behauptet, daß die Deutschnationalen der Kandidatur Tirpich eine Sondierung der englischen Regierung habe vorangehen lassen. Er fährt fort:

„Diese können nicht wohl anders als günstig ausgefallen sein, anderenfalls wäre die Aufstellung dieser Kandidatur ja ganz unverständlich.“

Man wird in diesen Worten nicht nur eine Vermutung und Andeutung, sondern auch eine versteckte Kritik sehen müssen. Aber die Deutschnationalen wollten ja gar keine vernünftige Kandidatur, sondern eine „ganz unverständliche“, um sich aus der Affäre ziehen zu können.

Der Gesamteindruck ist der, daß die Deutschnationalen eine moralische und politische Niederlage erlitten haben. Die mit großer Präntension unternommene Initiative ist möglich zusammengebrochen.

Die Steuernotverordnungen im besetzten Gebiet zugelassen. Die Rheinlandkommission hat die erste, zweite und dritte Steuernotverordnung im besetzten Gebiet unter bestimmten Vorbehalten zugelassen.

Karussell und Blütenbaum.

Von Erna Büsing.

Weiß überglücklich steht der Blütenbaum. Sich selbst Freude genug, ein von sich selbst angefaultes Wunder, werdender Erfüllung gewiß. Frohmütige Freude leuchtet aus tausend Blütenaugen. Der Blütenbaum ist ein Stückchen des ewigen Kreislaufs der Natur, selbstlicher trotz aller Vergänglichkeit, im Vorher und Nachher gleich fest verankert.

Nicht weit vom Blütenbaum lärm ein Karussell. Es dreht sich im Kreise, für das Geld der Mitfahrenden. Die tun glücklich, weil sie das Unterbewußtsein haben, daß soundsoviel Menschen für Karussellfahren kein Geld ausgeben können. Zu allem schrummt die Vogel. Müßt pöppelt die Leute voll Freudebegier oder fällt sie mit Wehmut, was beides ein Herausreißen aus der Gleichmäßigkeit ist und mithin einer ersehnten Gefühls- und Gedankenentspannung gleichkommt. Die Vogel überfließt alle anderen Geräusche. Je prunvollter das Karussell, desto wüster der Lärm. Bei uns spielen die Karussellorgeln Tag für Tag Schläger. In Amerika beginnt man sich Sonntags auf sein Christentum, weshalb dann die Karussells mit Choralbegleitung gehen.

Fuß für Fuß trabt das lebende Karussellpferd im leicht aufgeworfenen Sand in die Runde. Menschliche Fürsorge beschwerte es mit Scheuklappen, um ihn den Weg zu erleichtern. Ein paar Arbeitlose pfeifen sich an das Karussell und enttäuscht sagt eine harte Stimme: „Ach, da ist ja 'n Pferd, da gibts für uns nichts zu drehn und auch nicht einen Sechser zu verdienen.“

Das Karussell ist eigentlich für Kinder bestimmt, die, das Märchen noch in sich, aus dem buntesten Karussellschimmel in das blaue Land der Wunder fahren. Aber die Jugend verirrt sich nicht hierher. Dafür kommt, fett und ausgeschwommen, der Mann, für den die Zeit, ganz gleich ob Infation oder Krieg, stets eine verdienstreiche ist. „Meine Frau ist Gefrierfleisch“, quäet er, paßt seine sich durchaus nicht stierende Freundin am Arm und beide besteigen einen blaueschwarzen Klappen, abgeschabter Polster. „Ach“, sagt das Holzpferd und nickt nahezu in die Rnie.

Auf einem blankierten Fuhrer mit vier langen weißen Beinen und langen weißen Gesicht sitzen vier vergnügte Mädchen, die von sich wissen, daß bei ihnen die Moral aufhöret, wenn der Hunger anfängt. Sie warten auf die Einladung zum Abendbrot und machen sich laut lachend bemerkbar. Eigentlich sind es Klasse Kinder, voll ungezunder Heiterkeit. Sie gehen in die eingeschalteten Gesichtspiegel der Karussellpferde und freuen sich der Lichtreflexe.

Der Blütenbaum fängt Licht und Lust mit tausend hellen Augen auf. Die, gewichtige Käfer, blaue und braune Fliegen und die ganze tolle Gesellschaft Sonnenbrunnem kommt bei ihm zu Besuch. Sie wollen nichts anderes als in voller Selbständigkeit sich ihres

Entschiedenheit.

Republik und „Deutsche“ Tage.

Die „Germania“ wendet sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen das Bemühen gewisser Kreise, Preußen mit „Deutschen“ Tagen und ähnlichen, angeblich nationalen Gedenkfeiern zu überschweben. „Die heftige Aufpeitschung hier der nationalistischen, dort der syndikalistischen Leidenschaften“, so heißt es da, „geben zu immer größeren Bedenken Anlaß.“ Das Blatt zieht zwischen den sog. vaterländischen und nationalen Verbänden auf der einen und dem Zentrum auf der anderen Seite einen klaren Trennungsstrich und verlangt, daß mit aller Entschiedenheit gegen das Treiben dieser Verbände, die es auf gefährliche innenpolitische Spannungsorgane abgesehen haben, vorgegangen wird. Das Zentrumsorgan sagt:

„Uns will bedünken, als wenn wir in dieser Frage unserem Volke den schlechtesten Dienst erweisen würden, wenn wir gerade bei der innerpolitischen Zuspitzung, der wir zuzutreiben scheinen, es an dieser Deutlichkeit zu wünschen übrig lassen. Hier darf es keine Halbheiten mehr geben: denn gerade diese Halbheiten könnten nur dazu dienen, Entscheidungen hinauszuschieben, die doch einmal fallen müssen. Es steht zu befürchten, daß bei dem Auseinanderfallen der Gegensätze auch die Mitte Schaden leiden könnte, wenn sie nicht eine wirkliche Politik der Mitte einschlägt, die bei aller grundsätzlichen Klarheit es auch an der nötigen Kraft und Aktivität im Kampfe der beiden Extremen miteinander auch ihrerseits nicht fehlen lassen darf.“

Das ist eine Sprache, die nicht mißverstanden werden kann.

Auch das „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich im Zusammenhang mit den gestrigen Landtagsverhandlungen mit der Frage, wie man die Gefahren, die durch die Wählerreihen der sogenannten vaterländischen und nationalen Verbände entstehen, am besten bekämpfen kann. Es weist auf die Rolle hin, die gewisse, dem Innenminister untergeordnete Ministerialbehörden bei den Vorfällen in Halle gespielt haben, und hält es für sehr bedenklich, daß diese Behörden in Abwesenheit des Innenministers ihre Entscheidungen entgegen den Ratschlägen des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, des Regierungspräsidenten von Merseburg, des Polizeipräsidenten und des deutschnationalen Bürgermeisters von Halle getroffen haben. Das Blatt sagt:

„Ein Minister des Innern muß die Möglichkeit haben, sich häufig zu Inspektionsreisen auf das Land zu begeben. Wenn er dann nicht die Gewißheit hat, daß die hohen und höchsten Beamten, die er aus vielleicht übergroßer Popularität auf ihren politischen Posten besetzt hat, seine Politik und die des preussischen Kabinetts befolgen, sondern erfahren muß, daß sie rechtsradikalen Gruppen ein unangebrachtes vertrauensvolles Entgegenkommen bezeigen, so muß das zu Folgen führen, wie es die höchst besorgniserregenden Vorgänge in Halle gewesen sind. Unter dem alten System würden vermutlich die Beamten, die gemeint waren, wenn der Minister im Landtage erklärte, daß er jetzt alle Entscheidungen immer selbst treffen wolle, sofort von selbst die erforderlichen Konsequenzen gezogen haben. Es wird abzuwarten sein, was man jetzt aus dem preussischen Ministerium des Innern hören wird. Jedenfalls muß die Popularität der Republik gegenüber politischen Beamten des alten Systems dort eine Grenze haben, wo diese Loyalität zur Gefährdung der Republik selbst wird.“

Die Artikel der „Germania“ und des „Berliner Tageblattes“ sind ein Beweis dafür, daß man auch im Lager der Mittelparteien die außerordentliche Gefahr der pseudovaterländischen Bewegung klar erkannt hat, und daß sie weite Kreise des Bürgertums beunruhigt. Die preussische Regierung wird zu zeigen haben, daß sie nicht gewillt ist, bayerische Zustände auf preussischem Boden einzulassen, und daß sie Quertreibereien einzelner Instanzen nicht duldet.

Lebens freuen. Laut lärm das Karussell und all die feinen Insistentimmen sind verloren. Durch Geschrei müssen sich die Menschen in ihrer Daseinsfreude besüßen. Für die Schönheit der Natur sind ihre Augen blind geworden. Sie sind bewußt zivilisiert, stehen unter der Peitsche des Kapitalismus und darum hat für sie — das Karussell den Blütenbaum erschlagen.

Bauarbeiterstreiks im alten Ägypten.

Wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern sind so alt wie die menschliche Kultur selbst. Schon die Berichte der alten Ägypter wissen von Streiks zu erzählen. Es handelt sich dabei um Tempelarbeiter, die beim Bau der Gräberstädte beschäftigt waren. Sie waren fest angestellt, bekamen also ihren in Naturalien bestehenden Lohn, auch wenn einmal eine Zeitlang keine Beschäftigung für sie da war. Aber wie im heutigen Orient, so war auch damals die Behörde recht launisch im Auszahlen des Lohnes. Die reichen Tempelherrn (die Kirche war die erste Kapitalmacht Ägyptens) sorgten für sich, kümmernten sich aber wenig um ihre Arbeiter. So kam es einmal, nachdem einen ganzen Monat lang die Getreidelieferung ausgeblieben war, in der Totenstadt von Theben zu einem regelrechten Streik. Die Arbeiter zogen demonstrativ in die Stadt der Lebenden und brachten ihre Klage vor dem Stadthauptmann, der denn auch aus öffentlichen Mitteln Getreide hergab, um die Unzufriedenen zu beschwichtigen. Interessant ist in dem Bericht, daß die Arbeiter zum Schluss dem Stadtschreiber ein Geschenk machten; er war wohl besonders bemüht um die Angelegenheit. Dieser Fall stand aber keineswegs vereinzelt da. Wiederholt zogen die Arbeiter mit Frau und Kindern in die Stadt und okkupierten einen Tempelhof, um durch diese Demonstration die Tempelverwaltung zur Auszahlung des Lohnes zu zwingen. Begütigungsversuche von Vorarbeitern und höheren Tempelbeamten fruchteten nichts. Auch Polizeioffiziere wohnten den Verhandlungen bei, doch hören wir bemerkenswerterweise niemals von Verurteilungen gewalttätiger Unterdrückung. Wie es scheint, ist es den Arbeitern immer gelungen, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, wenn auch oft recht lange Zeit darüber verging und stets wieder neue Unregelmäßigkeiten vorkamen.

„Ein Schwank der Liebe“. Wenn uns die Nordländer mit leichter dramatischer Kost kommen, so tun sie das in so sanfter einschmeichelnder Manier, daß wir, die wir von zu Hause an derbere Dinge gewöhnt sind, auch an einer niedlichen Harmlosigkeit Geschmack finden. Die drei Akte von Olof Bull und Helge Krag, die im Trianon-Theater unter diesem nichtsagenden Titel gespielt werden, beweisen das von neuem. Eine allzu glückliche Ehe, in der sich beide Teile ein wenig zu langweilen beginnen, wird durch ein altes, romantisch gewickeltes Mädchen und einen trottelhaften Lebesjüngling in Aufruhr gebracht. Nachdem die Wäffertlein sich wieder gelegt haben, freuen sich alle, daß es nicht schlimm geworden ist, worauf man sich gerührt in die Arme sinkt. Olga Lindburg und Julius Falkenstein geben das Pärchen mit freundlichem Verständnis für ein glückliches Leben. Maria Hafner gibt das spienromanische Mägdleinchen mit etwas Selbstironie.

Preussischer Protest gegen Schweyer.

München, 22. Mai. (BE.) Amlich wird mitgeteilt: Der preussische Geschäftsträger in München, Ministerialrat Dr. Dent, hat heute mittag dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Kulling ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten Braun überreicht, in dem die preussische Regierung gegen den Brief des bayerischen Innenministers Dr. Schweyer an die Deutsch-Hannoversche Partei Einspruch erhebt.

Keine Aenderung der Krediteinschränkung.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, besteht bei der Reichsregierung nicht die Absicht, die seit zwei Monaten betriebene Kreditbeschränkung aufzuheben. Schon die bisherige Wirkung der Kreditrestriktionen ist als günstig anzusehen insofern, als die erwünschte und notwendige Entlastung des Devisenmarktes zu verzeichnen ist. Es muß weiter darauf hingewirkt werden, daß Industrie und Handel ihre großen Warenvorräte auch unter Preislenkung auf den Markt bringen. Bisher hat die Reichsbank schon mindestens um 50 Proz. mehr Kredite vergeben, als vor dem Kriege; eine Erhöhung dieser Kreditbeträge kommt erst in Betracht, wenn noch eine weitere Besserung am Devisenmarkt eingetreten ist und eine volle Zuteilung der angeordneten Devisen möglich ist. Dann werden auch wesentliche, durch die Risikofaktoren in Industrie und Handel bedingte Momente der Teuerung für inländische Waren in Wegfall gekommen sein. Unter diesen Umständen wird, so kann man hoffen, auch die deutsche Industrie wieder exportfähig und damit die Handelsbilanz aktiv werden.

Alldeutscher Lügenratsch.

Rösters Maifeier, Automobile und Salontwagen.

Die deutsche Gesandtschaft in Riga ist seit dem Amtsaustritt des Genossen Röster die Zielscheibe deutschnationaler und deutschösterreichischer Klatschgeschichten. Man kann derartige Hebelereien im allgemeinen auf sich beruhen lassen, da sie viel zu dünn sind, um einer ernsten Prüfung stand zu halten. Sie kennzeichnen lediglich das moralische und geistige Niveau der Urheber und Weiterträger der Verleumdungen. So ist es auch mit dem Lügenratsch der „Deutschen Zeitung“, die behauptet hatte, Genosse Röster habe zur Feier des 1. Mai einen Empfang in der deutschen Gesandtschaft veranstaltet, er habe für seine Ueberfiedelung nach Riga einen Salontwagen für sich in Anspruch genommen, verfüge über zwei Automobile, die vor allem dafür bestimmt seien, den Verkehr von seiner Strandvilla in die Stadt zu erledigen, treibe einen ausfalligen Gelbaufwand, eine bedenkliche Personalpolitik und andere schöne Dinge mehr.

In Wirklichkeit verhält es sich so, daß der 1. Mai in Lettland ein hoher Staatsfeiertag ist. An den von der lettischen Regierung veranstalteten Festlichkeiten nahm das gesamte diplomatische Korps teil. Der Salontwagen, der Rösters Familie nach Riga beförderte, brachte auch den Vorgänger Rösters nach Deutschland zurück. Außerdem beteiligten sich andere Privatpersonen an der Fahrt, so daß dem Reiche keine Kosten entstanden. Die deutsche Gesandtschaft in Riga besitzt nur ein Automobil, das lediglich zu Dienstzwecken benutzt wird. Was die Ausgabe von Geldern betrifft, so wird sie ebenso wie die Personalpolitik vom auswärtigen Amt geregelt.

Diese Tatsachen sind auch der „Deutschen Zeitung“ bekannt. Sie denkt nicht daran, von ihnen Notiz zu nehmen. Ein Beweis dafür, daß dem alldeutschen Organ lediglich daran liegt, den deutschen Gesandten in Riga, dem sachlich nichts nachzugesagen ist, persönlich zu verunglimpfen und zu verdächtigen. Es genügt, derartige alldeutsche Schmutzerien niedriger zu hängen.

Landtagsauflösung in Braunschweig?

Braunschweig, 22. Mai. (II.) Der Landtag hat am gestrigen Mittwoch seine Beratungen wieder aufgenommen. Gleich zu Beginn der Sitzung brachte die Fraktion der Deutschen Volkspartei einen Antrag auf Auflösung des Landtages ein.

Die Regie Robert Birks wußte dem Spiel im Rahmen der gemühten Maiklappen-Sonnengoldspähre zu einem hübschen Erfolg zu verhelfen.

Die Radio-Nachtigall. Dem Gewährer des Rundfunks soll jetzt auch die Mühe erspart werden, in Feld und Flur hinauszugehen, um dort den Tönen der Nachtigall zu lauschen, sondern er erhält das Konzert dieser Primadonna der Vogelwelt in seinem Zimmer, bequem in den Kubiksel zurückgelehnt. Die englische Rundfunkgesellschaft läßt es sich angelegen sein, den Nachtigallgesang in alle Großstädte zu übermitteln. Eine besondere Expedition unter Führung des Kapitän West ist zu diesem Zwecke nach einem idyllischen Ort in Surrey ausgesprochen, wo sich ein ganzer Chor von Nachtigallen jeden Abend hören läßt. In einer Entfernung von 100 Meilen wird ein sehr empfindliches Mikrophon so verborgen aufgestellt, daß es die gedehnten Sänge nicht hört, und dann werden ihre Wellen in großer Verstärkung auf dem Radioweg überall hin verbreitet. Um eine gewisse Abwechslung in dies Konzert zu bringen, wird nach der Nachtigallensymphonie die Begleiterin Wella Bearrice Harriton ein Cellolo hören lassen, so daß man die Naturtöne mit den Klängen des Instrumentes vergleichen kann.

Wasser unter dem Sand der Sahara. Das Niederbringen arabischer Brunnen hat seit Jahren die Ersahrung bestätigt, daß sich unter dem Sand der Sahara ein Wasserpiegel befindet, dessen Grenzen man bisher zwar nicht genau feststellen konnte, der aber die Annahme rechtfertigt, daß er sich unter dem Boden weiter Teile der Wüste erstreckt. Man muß bis zu einer Tiefe von 70 bis 150 Meter graben, ehe man auf das Wasser stößt, das in hohem Strahl aus dem Bohrloch hervorbricht. Dieser Wassertrahl befördert Fische und kleine Krabben springfrisch an die Oberfläche, in Begleitung von allerlei anderen lebenden Wasser- und Muscheltieren in untadelig frischem Zustand. Wie die französische Zeitschrift „La Nature“ hervorhebt, gehören diese Tiere denselben Gattungen an, die in den Seen von Palästina heimisch sind. Die Wissenschaft sieht sich hier vor einer ganzen Reihe von schwer zu lösenden Problemen gestellt. Woher kommen diese Tiere, und wozu leben sie in der Tiefe? Die Tatsache, daß sie existieren, läßt an sich den Schluß zu, daß diese unterirdischen Gewässer eine enorme Ausdehnung haben müssen, und daß die oberirdischen Brunnen vermutlich genug Wasser liefern können, um einen Teil der Wüste in fruchtbares Land zu verwandeln. Es mag hinzugefügt werden, daß diese in ewiger Nacht lebenden Fische des Augenlichts entbehren.

In den Verband der Volkshäuser (Theater am Ellwölk) treten für das kommende Spieljahr ein: Carl Hannemann (von der „Truppe“), Kurt Sieck (Reipzig), Adolf Wanz (Stuttgart), Gerhart Ritter (Darmstadt), Theresie Tschien (Königsberg), Albert Wäcker (von der „Truppe“).

Leo Blech wird als Gast am 26. Mai eine Aufführung des „Toussaint“ in der Großen Volkshaus dirigieren. Die Leonore singt an diesem Abend Vera Schwarz als Gast.

Die Galerie Groß, Adhener Straße 38, stellt bis 1. Juni Graphik von George Grosz aus. Sie zeigt u. a. erstmalig Wäffertlein, Reiterbilder aus den Skizzenbüchern, frühe Arbeiten, politische und satirische Zeichnungen.

Gewerkschaftsbewegung

Seht für die Bergarbeiter!

Der Ausgang des Kampfes im Bergbau hängt im wesentlichen von der Einsicht der deutschen Arbeiterchaft, daß sie im eigenen Interesse die ausgepeinigten Bergarbeiter unterstützen muß. Solidaritätskundgebungen sind gewiß an sich sympathisch. Sie nützen jedoch gar nichts, wenn nicht hinter ihnen die praktische Hilfeleistung steht. Das heißt mit anderen Worten: Die vom ADB, und dem AFB-Bund ausgehenden Sammelstellen der Bergarbeiterhilfe müssen ohne Verzug durch die Ortsauschüsse in die lokalen Organisationen weitergegeben, von diesen unter Zurückstellung aller anderen Organisationsarbeiten an die Funktionäre weitergegeben, von den Funktionären sofort in den Betrieben in Umlauf gesetzt und ohne jeden Verzug den Ortsauschüssen mit den geeigneten Beträgen übermittelt werden. Jede Verzögerung gefährdet den Ausgang des Kampfes.

Die Not der Bergarbeiter ist groß. Auch wenn wir uns Einschränkungen auferlegen müssen, um den Ruhestreik zu finanzieren, die Einschränkungen stehen in keinem Verhältnis zu dem Hunger der Bergarbeiter. Sie stehen vor allem in keinem Verhältnis zu dem Preis dieses Kampfes. Werden die Bergarbeiter niedergedrückt, dann hat die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands eine Entschuldigungsblat verloren. Dann triumphiert die Schwendindustrie auf der ganzen Linie. Es muß sehr sofort gegeben werden. Die Ehre und das Interesse jedes Arbeiters, Beamten und Anwerstellers gebietet, daß mit feberhaftem Eifer gesammelt und abgeliefert wird. Von der Opferbereitschaft der Arbeitnehmer in diesen Stunden und Tagen hängt ihre unmittelbare Zukunft ab. Seht für die Bergarbeiter!

Wie die Unternehmer die Produktion steigern.

Breslau, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Schlesiener Verband des Metallgewerbes kündigt an, daß er seine sämtlichen Arbeiter ausserzert, weil die Arbeiter in einigen Karosseriebetrieben des Verbandes wegen Lohnforderungen streiken. Einen technischen Vorwand für die Aussperrung kann dieser kleine Einzelstreik nicht bieten, da die Aussperrung in den elektrotechnischen und Blechfabriken, den Maschinenfabriken, der Heizungsindustrie und anderen Branchen stattfinden soll, die direkt nichts mit dem Streik der Karosseriearbeiter zu tun haben.

Arbeitsnachweisfragen.

Die Gewerkschaftskommission und das AFB-Ortsratell hatten am Mittwoch eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Mitglieder der Verwaltungsausschüsse der Bezirksarbeitsnachweise der Stadt Berlin einberufen. Siegle hielt ein ausführliches Referat über den Aufbau und die Gliederung der öffentlichen Arbeitsnachweise. Er kritisierte, daß die Satzungen für die Verwaltungsausschüsse sich seit 14 Jahren beim Magistrat im Stadium der Beratung befinden. Es sei notwendig, daß die Satzungen endlich herauskommen. Gegenüber den Bestrebungen, die auf eine Bürokratisierung des Arbeitsnachweiswesens hinauslaufen, betonte der Redner, daß die Selbstverwaltung der Arbeitslosenfürsorge erhalten bleiben muß.

Diese Forderung wurde auch in der Diskussion als eine unbedingte Notwendigkeit bezeichnet. Weiter wurde ausgeführt, die Arbeit, die jetzt bestehenden 20 Bezirksarbeitsnachweise zu 6 Arbeitsnachweisen zusammenzufügen, könne nicht gebilligt werden, weil dadurch die Arbeitsvermittlung beeinträchtigt werden würde. Der Beamtenabbau dürfe nicht so vor sich gehen, daß die einzelnen Beamten derart überlastet werden, daß die ordnungsgemäße Arbeitsvermittlung darunter leide.

In einem zweiten Referat führte Siegle aus: Seht, wo die Arbeitslosenunterstützung lediglich durch Beiträge aufgebracht werde, müsse das Recht auf Unterstützung als Gegenleistung zur Beitragspflicht anerkannt werden. Es dürfe also keine Pflichtarbeit der Unterstützungsempfänger mehr verlangt werden. Ein dahingehender Antrag, den die freigewerkschaftlichen Mitglieder im Unterausschuß des Verwaltungsausschusses stellten, sei einstimmig angenommen. Das Landesarbeitsamt hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht, aber es müsse trotzdem noch auf Grund der bestehenden Verordnung von den Unterstützungsempfängern bei Notstandsarbeiten 6 Stunden bei schwerer, 8 Stunden bei leichter Arbeit pro Woche fordern. Ob die betreffende Arbeit leicht oder schwer sei, habe das Landesarbeitsamt zu entscheiden. Dem Standpunkt der Gewerkschaften entspreche diese Arbeitspflicht natürlich nicht. Auf jeden Fall müsse diese Verordnung aufgehoben werden. Es sei unzulässig, daß man an Arbeitslosen, die durch ihre Beiträge sich ein Recht auf Unterstützung erworben haben, noch durch die Pflichtarbeit verdienen wolle. Beitragspflicht und Pflichtarbeit seien unvereinbar.

Streikversammlung der Zimmerer.

Gestern fand in den beiden großen Sälen des Gewerkschaftshauses eine überfüllte allgemeine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer statt, in welcher der Vorsitzende Reppschläger einen Bericht über die allgemeine Streikfrage gab. Er begann mit der Vorkriegszeit, streifte u. a. das Ermächtigungsgesetz und kritisierte hierbei das Verhalten der sozial-

demokratischen Reichstagsfraktion. Er sagte, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte es in der Hand gehabt, dieses Gesetz zu Fall zu bringen, wenn bloß 20 bis 30 ihrer Mitglieder vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen hätten. (Dieselbe Möglichkeit hatten aber die KPD-Abgeordneten ebenfalls, also hätte sich Reppschläger gegen seine eigenen Parteigenossen wenden müssen.) Er besprach dann den Ruhestreik im vergangenen Jahre und dessen Folgen für die Arbeiterchaft, ebenso den jetzigen Kampf der Ruhrbergarbeiter und besprach schließlich den Gang der bisherigen Verhandlungen. Er führte dabei aus, daß der Kampf für die Zimmerer nicht so schwer wäre, wenn sich die übrigen Organisationen, insbesondere der Bau- und Bergbauarbeiter, von Anfang an voll und ganz auf die Seite der Zimmerer gestellt hätte. (Er verzog jedoch zu erwähnen, daß die Zimmerer sich festgelegt hatten, ohne vorher sich mit dem Bau- und Bergbauarbeiter zu verständigen.) Stattdessen hätte der Gauleiter Lehmann vom Bau- und Bergbauarbeiter bei der letzten Verhandlung vor dem Schlichter Willert diesem gegenüber gewissermaßen eine Verlängerung der Arbeitszeit angeboten, indem er zum Schlichter sagte: „Legen Sie doch einfach die geforderte Arbeitszeit fest.“ (Daß aber der Gauleiter Lehmann damit auch gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden pro Tag abfeimte, scheint Reppschläger nicht kapieren zu können.) Er wies auf die Verhandlungen in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Hamburg hin und sagte, was die dortigen Unternehmer könnten, müßten auch die Berliner Unternehmer können, nämlich die 46 1/2stündige Arbeitswoche beizubehalten. Es läge nur an den Berliner Zimmerern selbst, indem sie so wie bisher einig und geschlossen im Kampfe ausharrten, dann müßte der Sieg sicher sein. Er besprach dann noch die finanzielle Lage der Organisation und gab bekannt, daß die nächste Unterzahlung am Sonnabend ausgezahlt werden sollte.

In der darauffolgenden Diskussion konnten sich die meisten Redner nicht enthalten, den Vorsitzenden des Bau- und Bergbauarbeiterbundes, Genossen Lohmann, sowie als auch den 1. Vorsitzenden des Zentralverbandes der Zimmerer, Schönfelder, aufs heftigste anzugreifen, weil sie Sozialdemokraten und keine Kämpfer sind. Weiter waren von Reppschläger auch gegen die Bauhütte Vorwürfe erhoben worden, was jedoch von Kante zurückgewiesen wurde. Einem ganz radikalen Maulhelden, Brose, welcher den Bau- und Bergbauarbeiter als auch den Zentralverband aufs heftigste angriff und erklärte, daß sämtliche „Reformisten“, womit die Anhänger der SPD gemeint sind, von selbsten Stellen entfernt werden müßten, konnte Siegle entgegenhalten, daß Brose mit unter denjenigen war, welche im Winter beim Bau der Rennbahn am Bahnhof Wilmers unter Umgehung des Arbeitsnachweises in Arbeit getreten ist und dort täglich nicht nur 8 Stunden, sondern sogar 10 bis 12 und 16 Stunden gearbeitet hätte. Dem eben noch so zungenfertigen Brose blieb darüber die Luft weg. Als der Gauleiter Genosse Knäuper das Wort ergriff und der Versammlung darlegte, warum der Zentralverband den Streik nicht in der gewünschten Weise finanzieren könne, wurden diesem alten Vorkämpfer der Zimmerer die gemeinsten Schimpfwörter entgegengehurlert, eine Folge der „Erziehungswelt“ der KPD und ihrer Vertreter in den Gewerkschaften, welche sieber mit den gegnerischen Gewerkschaften à la Kaiser, der mit einigen Betreuen anwesend war, als mit freien Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Strafgefangene als Streikbrecher.

Mit welchen Mitteln einzelne Unternehmer versuchen, den Kampf der Berliner Zimmerer unwirksam zu machen, beweißt folgender Vorfall:

In Frahnau, Elgismund-Korso, läßt der Unternehmer Wendland aus Wittenberg durch Strafgefangene aus der Straf- und Zuchtanstalt Tegel Zimmerarbeiten ausführen. Soweit uns bekannt ist, sollen die Behörden in Wirtschaftskampfen neutral sein.

Wir stellen hiermit die Frage: Sieht so die Neutralität der Behörden aus? Ist dem preussischen Justizministerium bekannt, daß die untergeordneten Stellen Strafgefangene zum Streikbruch zwingen? Was gebietet das Justizministerium zu tun, um in Zukunft derartige Uebergriffe der untergeordneten Stellen zu verhindern? Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgebung.

Generalversammlung der Buchbinder.

Die im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende Vierteljahresversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter nahm zunächst ein Referat des Genossen Heßler gegen die Arbeitsdienstpflicht entgegen.

Der Geschäftsbericht über das verfloßene Quartal Januar/März gab der 1. Bevollmächtigte Kasper. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Buchbinder haben sich bei Beginn des Jahres 1924 gegenüber dem vorigen Jahre gebessert. Durch die unglücklichen Schiedsprüche im graphischen Gewerbe in der Arbeitszeitfrage hatten die Unternehmer die Möglichkeit, über 48 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen. Die Zahl der Arbeitslosen ist bedeutend zurückgegangen. Im Januar waren es 5500, im Februar 3063, im März 1242. Die Unternehmer müssen einsehen, daß, wenn noch rund 1200 Arbeitslose auf den Facharbeitsnachweisen eingeschrieben sind, vom sozialen und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zuerst die Arbeitslosen aufgenommen werden müssen. Die Verwaltungs- und Organisationsarbeiten waren für alle Funktionäre sehr reichlich. Die große Mehrheit der Berufsangehörigen ist im Verband organisiert. Trotz Zerpfaltungsbestrebungen der „Opposition“ kann eine Mitgliedszahl von rund 8000 festgestellt werden.

Den Rassenbericht gab Bytomski. Seine Ausführungen bewiesen, daß auch finanziell die Organisation geträgt dasteht. In der Diskussion wurde allgemein die Tätigkeit der Ortsverwaltung gebilligt.

Die Versammlung nahm schließlich folgenden Antrag der erweiterten Ortsverwaltung einstimmig an:

Der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, begrüßt den geschlossenen Kampf der Bergarbeiter „Zurückeroberung des Achtstundentages“. Die Kollegenchaft gelobt den im Kampf stehenden Bergarbeitern ihre moralische

und besonders auch finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Der Sieg der Bergarbeiter ist auch unser Sieg!

Weiter wurde auf Antrag der Ortsverwaltung eine energische Protestresolution gegen die Duldung des Faschismusaufmarsches in Halle und das Verbot der Veranstaltungen unter freiem Himmel der Arbeiterchaft angenommen.

Buchbinderstreik in Danzig.

Die Danziger Buchbinder befinden sich seit dem 10. Mai im Streik. Die Unternehmer wollen ihre Zusage, die Buchbinder nach dem Buchdruckerlohn zu entlohnen, nicht einhalten und glauben, leichtes Spiel zu haben.

Sieben geht uns aus Danzig die Nachricht zu, daß Danziger Unternehmer auf der Reise nach Berlin sich befinden, um hier Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen für Danzig anzuwerben. Wir warnen vor Arbeitsannahme und ersuchen, beim Genossen L. Hübner, Danzig, Karlshofen 26, Erkundigungen einzuziehen.

Zurücknahme von Kündigungen.

Saarbrücken, 21. Mai. (Mitd.) Die Dillinger Hüttenwerke, die vor einigen Tagen nach gleichzeitiger Kündigung des Tarifs den 8000 Arbeitern ihrer Belegschaften gekündigt hatten, haben nach Verhandlungen die Kündigung wieder zurückgenommen. Die Zurücknahme der Kündigung erfolgte unter der Bedingung, daß die Arbeiterchaft der Hüttenindustrie bei dem Kampf um eine Ermäßigung der Kohlen- und Frachtpreise mitwirkt, um das Unternehmen lebensfähig zu erhalten.

Angestellte der Metallindustrie und Buchhändler. Freitag, 21. d. M., nachm. 5 Uhr, in der Schulanstalt der 211. 200. Gemeindegemeinde (nicht Schiller-Platz), Köpenick, S. 1. Wichtige Branchensammlung. Stellungnahme zu dem Verhandlungsergebnis bezüglich des neuen Rahmenvertrages, sowie der Art- und Modalitäten. Günstiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. Wahl. 0221. 302.

Berliner Metallarbeiter-Verband. Als Vertrauensleute und Funktionäre des Fachgruppe Metall-Industrie im Deutschen Metallarbeiter-Verband haben am Freitag, abends 7 Uhr, im Klubhaus, Berlin, Oranienstr. 3, wichtige Funktionärsversammlung. Tagesordnung: Das letzte Abkommen in der Berliner Metall-Industrie und Richtschnur. Günstiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Wirtschaft

Kein Moratorium. Von ununterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß entgegen vielfach umlaufenden Gerüchten mit dem Erlaß eines Moratoriums nicht zu rechnen ist.

Die Volksfürsorge. Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftlich Versicherungsaktiengesellschaft, die, wie alle Versicherungsunternehmen durch die Geldentwertung schwer gelitten hat, befindet sich wieder in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Seit 1. November gingen an Anträgen ein auf Volksversicherung 7028 (davon im März 3457), auf Großlebensversicherung 484 (davon im März 197). Für Sterbefälle wurden nicht weniger als 249 064,75 M. (davon im März 68 902,77 M.) ausgezahlt.

„Konserierte Betriebe“. Ein ungeheurer Teil der russischen industriellen Betriebe liegt gegenwärtig still, da nach dem Mißlingen der Rationalisierungsexperimente die Sowjetregierung weder Mittel noch die nötigen Kräfte besitzt, um die Produktion selbständig zu organisieren. Die stillliegende Industrie verschlingt nicht wenig Mittel, die in einem besonderen Etat unter der Rubrik „Konserierte Betriebe“ angewiesen werden. In der Sowjetpresse wird mitgeteilt, daß die Zahl dieser Betriebe sich gegenwärtig auf 357 beläuft. Fabrikmächer allein gibt es 1919 nach den einzelnen Industriezweigen verteilt sich die stillliegenden Betriebe wie folgt: Textilindustrie 42, Holzverarbeitende Industrie 29, Oelmühlen 29, Chemische Industrie 19, Spiritusbrennereien 119, Bergbau 79, Lederindustrie 7, Tabakfabriken 6, Druckereien 3 usw. Leider wird in der Sowjetpresse nicht mitgeteilt, wieviel die Stilllegung dieser zahlreichen Betriebe dem bettelarmen russischen Staat kostet.

Amstellung in der amerikanischen Landwirtschaft. In den Vereinigten Staaten des mittleren Westens und Nordwestens hat infolge des während der letzten drei Jahre erfolgten und anhaltenden Preiszusammenbruchs in einigen wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, besonders in Weizen, eine weitgehende Umstellung stattgefunden. Die das Ackerbaubestand in Washington feststellt, ist ein Uebergang vom Weizenbau zur Viehzucht und zum Anbau von Futtergetreide, von der Schlachtviehzucht zur Milchwirtschaft, ferner eine starke Zunahme der Geflügelzucht wie überhaupt der Gemüskultur festzustellen, wo bis dahin meist Eintrachtwirtschaft betrieben worden war. Dies alles sind Anzeichen dafür, daß die amerikanische Landwirtschaft diejenigen Umstellungen vollzieht, die zu ihrer Rettung aus der Agrarkrise erforderlich sind.

Aus der ausländischen Genossenschaftsbewegung. Die finnische Genossenschaftsbewegung zählt Ende 1923 insgesamt 4008 eingetragene Genossenschaften, was einen Zuwachs von 269 gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Die stärksten Gruppen sind die Kreditgenossenschaften mit 1050, die Konsumgenossenschaften mit 785 und die Weiergenossenschaften mit 574. — Die britischen Konsumgenossenschaften haben es als einen Erfolg ihrer jahrelangen Bestrebungen und Kämpfe, daß das Budget der Arbeiterregierung einen Abbau bzw. Beseitigung einer Reihe drückender Belastungen notwendiger Bedarfsgegenstände bringt. So wird die Steuer für Zucker, Tee, Kaffee, Kakao, Cichorie, getrocknete Früchte, Mineralwasser und Kräuterbier ermäßigt.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Saltruss; Genossenschaftsbewegung: Friedr. Schöner; Sozialismus: Dr. John Schittowski; Bolschewismus: Fritz Kerschke; Einzelne: Ed. Glöck; ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O., Lindenstraße 2.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick.

Sie mit haben wir die Mitglieder d. s. Krankenkasse zu der am Freitag, d. 20. Mai 1924, abends 7 1/2 Uhr, im Schloß-Restaurant, Joh. Brögel, Berlin S. O., tagenden außerordentlichen Versammlung ein.

Tagesordnung: 1. Rentnennahme von dem Bestände des Barfusses. Festsetzung der Beiträge von 7 auf 6 vom Hundert des Grundlohnes bzw. des Arbeitslohnens. 2. Anträge des Vorstandes: a) Verkauf des Bestandes in Brunnhölzchen, b) Ankauf von weiteren Gelände in Seibitz, c) Ankauf von einem Grundstück zur Errichtung eines Verwaltungsbüros in Berlin-Köpenick, d) Genehmigung zur Errichtung eines Verwaltungsbüros.

Die Krankheitsmitglieder erhalten noch besondere Einladungen.

Berlin-Köpenick, d. 21. Mai 1924.
Der Vorstand.
Otto Riedel, Vorsitzender. 1104-1

Sie auf weiteren gebe ich meiner wertigen Rundschalt vor Zigaretten, Zigarren, Tabake bei Bezahlung 2/3 Rabatt. Die bekannten Marken wieder am Besten. Zigaretten von 3-30 Pf. pro Stück. Tabake bedeutend billiger geworden. Tabakwaren-
Arno Geßner, Großhandlung, Berlin NW, Berfstr. 21, am Arminialerplatz

Besonders wichtig sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Anzeige. Die „berühmte“ und besten schreibweise.

Hosen

Außerordentlich preiswerte Angebote bei größter Auswahl, alle Längen u. Weiten vorrätig; einige Beispiele:

Engl. Lederhosen	8.-	7.50	6.50
Manchesterhosen, lang	21.-	16.-	13.50
Gestreifte Hosen	8.75	7.75	6.50
Ersatz für Maß	22.-	16.-	13.-
Bauchhosen für starke Herren		11.50	9.-

Breches in Stoff, Cord und Manchester, dazu Stutzen und Ledergürtel, Knaben- und Jünglings-Waach- und Stoffanzüge und einzelne Hosen in allen Größen. Wasch- und Lodenjoppen, Luster-Jackets, Windjacken, Herren- und Burschen-Manchester-Sportanzüge, bunte Arbeitsanzüge, Mechaniker- und Malerkittel, Maurerjacken und -Hosen, Maurersocken.

München-Gladbacher Hosen-Zentrale, NW. 37, 39 Beusselstr. 30, am Ringbahnhof Beusselstraße

Fahrtgeldvergütung

Wohnungstausch

am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verband mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe

Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptannahmestelle:

Zeitungsverlag (Z.Z.) Aktiengesellschaft
Jerusalemstr. 5/6 • Fernsprecher: Dönhoff 8310-3312

Frage:

Wo kaufe ich billig Schokoladen?

Antwort:

Nur bei

Eisen & Diamant

Kaiserstraße 4.

Abteilung II:

Zigaretten-Engros-Vertrieb

Andreasstr. 13 (Schles. Bahn.)

Schalbretter, Kantholz

Fußböden, Bohlen, Latten, Dachpappe, Zement Teer

empfehlen zu billigsten Tagespreisen:

Joseph Riedel

Nutzholz-u. Baumaterialien-Handl.
Bouchestraße 34.
Telephon: Moritzplatz 4496.



Beilwäsche

Wäschestoffe
Leibwäsche
Tischwäsche
Profilierwäsche

Deckbettsberge
Kopfkissen
Bettlaken
Inlette

Handtücher
Hemdentuche
Damaste

Dimmi, Linons
Züchen, Nessel

Kaffeedecken
Küchlerdecken
Tischtücher
Servietten

Wäscheabrik
S. Elnhorn
Neukölln
Barnackstraße 31
a. d. Hermannstr.

J. Baer

Berlin N., Badstr. 26
Ecke Prinzenallee
Fernsprecher: Ami Moabit 2445

empfeilt wie bekannt in realer Ausführung und zu allerbilligsten Preisen das große Lager fertiger

moderner und Herren- und Knaben-Garderobe für jede Figur passend sowie das reichhaltige Stofflager zur eleganten Anfertigung nach Maß.

Tadelloser Sitz u. Beste Zutaten

Sport- und Berufskleidung

Eleg. Gabardine-, Gummi- und Lodenmäntel in allen Preislagen.



Stromerpenden

letzter Preis war: Paul Gollets, vormals Edel New, Mariannenstr. 3, Tel.: Dorothea 10008

Nagelpflege-Garnituren

Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.